



HESSISCHER LANDTAG

06. 06. 2019

SIA

Berichts Antrag

Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion

Maßregelvollzug in Hessen

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

Allgemein

1. Wie viele Einrichtungen des Maßregelvollzugs gibt es in Hessen mit wie vielen Plätzen? Wie viele Plätze sind besetzt? Wie hat sich die Anzahl der Plätze in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Wie ist die Struktur der Patientinnen und Patienten im Maßregelvollzug nach Alter, Geschlecht, Behinderung oder Erkrankung, Straftat, Dauer der Unterbringung?
3. Der Maßregelvollzug geschieht unter den Zielen des Besserns und Sicherns. In welchem Verhältnis stehen die beiden Ziele für die Landesregierung und die beliebigen Einrichtungen? Welche Anweisungen existieren diesbezüglich von Seiten des Landes?

Finanzielle Ausstattung und Personal

4. Wie sind die Einrichtungen des Maßregelvollzugs finanziell ausgestattet (bitte nach Kliniken aufschlüsseln)?
5. Wie hoch ist der Pflegesatz pro Patient und Patientin im Maßregelvollzug? Gibt es Unterschiede?
6. Wie viel Personal müssen die Einrichtungen des Maßregelvollzugs jeweils in welchen Professionen vorhalten?
7. Wie ist die tatsächliche Personalbesetzung in den Kliniken des Maßregelvollzugs?
8. Wie hoch ist der Krankenstand des Personals in den Kliniken des Maßregelvollzugs (bitte einzelne Kliniken auführen)? Wie hat sich dieser in den vergangenen fünf Jahren geändert?
9. Gibt es mehr oder weniger Probleme, Personal für die Forensik zu finden als für andere Kliniken?
10. Wie viele Überlastungsanzeigen gibt es seit 2014 pro Jahr in den Kliniken des Maßregelvollzugs?
11. Welche Möglichkeiten nutzt die Landesregierung, um mit den Betriebsräten der Kliniken ins Gespräch zu kommen, um die Probleme des Personaleinsatzes auch von dieser Seite zu hören?
12. Welche Beschwerden wurden an die Landesregierung bzw. das Landesamt vonseiten der Betriebsräte in den vergangenen fünf Jahren herangetragen? Wie konnten diese gelöst werden?
13. Inwiefern gab es in den letzten fünf Jahren Einschränkungen im Tagesablauf der Patientinnen aufgrund von Personalmangel (reduzierte Aufschlusszeiten/Hofgang etc.)?
14. Inwiefern und weshalb gibt es einen steigenden Trend hinsichtlich des Bedarfs an Plätzen im Maßregelvollzug?

Entlassungsvorbereitung und Lockerung

15. Welche Vorschriften und Vorgaben existieren hinsichtlich einer Entlassungsvorbereitung und -begleitung aus dem Maßregelvollzug?
16. Wie lange dauert die Entlassungsvorbereitung?
17. Welche Herausforderungen stellen sich im Zusammenhang mit der Entlassung?
18. Kam es in den letzten 5 Jahren vor, dass eine Entlassung vorbereitet wurde, aber nicht stattfand? Wenn ja, aus welchem Grund?
19. Wie viele Behandlungsplätze gibt es in den forensischen Ambulanzen?
20. Wie ist das zahlenmäßige Verhältnis von Personal zu Patient/Patientin in den Ambulanzen?
21. Wie funktioniert das System der Lockerungsstufen bei Vitos?
22. Wie erfolgreich ist es?
23. Welche Alternativen gäbe es?
24. Wer hat dieses System für die Forensik festgeschrieben?

Therapie

25. Wie umfangreich ist die tatsächliche Verordnung und Inanspruchnahme von therapeutischen Leistungen und zwar
 - a) Psychotherapie,
 - b) medikamentöse Behandlung,
 - c) Sporttherapie,
 - d) Musiktherapie,
 - e) Ergotherapie und
 - f) andere Therapieformen?
26. Welcher Personenkreis wird warum von welchen Therapieformen ausgeschlossen?
27. Auf welcher Grundlage werden Patientinnen und Patienten als nicht „therapierbar“ eingeschätzt?
28. Welche Gründe gibt es für die Nichtnutzung von therapeutischen Maßnahmen vonseiten der Patientinnen und Patienten?
29. In welchen Einrichtungen des Maßregelvollzugs gibt es Arbeitsangebote, bei denen die Patientinnen und Patienten eine Entschädigung bekommen? Wie hoch ist diese?

Patienteninteressenvertretungen

30. In welchen Einrichtungen des Maßregelvollzugs sind Patientenführerinnen und -sprecher vor Ort gewesen? Welche Berichte gibt es gegenüber den kommunalen Vertretungen? Welche Probleme haben diese geschildert? Wurden daraus Konsequenzen gezogen? Inwiefern werden Patientenführerinnen und -sprecher speziell für die Forensik geschult und fortgebildet?
31. Wie ist die Besuchskommission Maßregelvollzug zusammengesetzt? Wann hat sie ihre Arbeit aufgenommen und wann wurde der Abschlussbericht dem Landesamt vorgelegt?
32. In welchen Einrichtungen des Maßregelvollzugs waren die Besuchskommissionen vor Ort? Wie lange haben die Besuche gedauert? Mit wie vielen Patientinnen und Patienten haben die Mitglieder der Besuchskommission gesprochen? Welche Missstände und Probleme wurden geschildert? Welche Beobachtungen haben die Mitglieder darüber hinaus gemacht?
33. Wann wird der Bericht der Besuchskommission durch die Landesregierung dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss vorgelegt?
34. Wurden bereits Konsequenzen aus der Arbeit der Besuchskommission vonseiten der Landesregierung oder durch die Kliniken gezogen?
35. Ist eine weitere Runde vorgesehen, in der die Besuchskommission die Einrichtungen besucht? Ist die Besuchskommission zukünftig vollständig?

36. Welche Überlegungen bestehen seitens des Landes, Patientenvertretungen in der Forensik einzuführen?
37. In welchen Bundesländern existieren solche Patientenvertretungen?

Sicherung

38. Wie sehen die besonderen Sicherungsmaßnahmen in den forensischen Kliniken aus? Was gibt es als Mindeststandards? Was gibt es als Besonderheiten in einzelnen Kliniken?
39. Wie viele Fixierungen gab es in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Kliniken des Maßregelvollzugs?
40. In wie vielen Fällen wurde von dem Mittel der Einzelunterbringung sowie der Absonderung in den letzten fünf Jahren in den einzelnen Kliniken des Maßregelvollzugs Gebrauch gemacht?
41. Welcher persönliche Besitz wird in den Kliniken des Maßregelvollzugs erlaubt? Welche Disziplinierungsmaßnahmen gibt es in Bezug auf Gegenstände des persönlichen Besitzes? Wie oft wurden solche Maßnahmen in den letzten fünf Jahren in den beliebigen Kliniken durchgeführt?
42. Welche Vorgaben gibt es für Telefongespräche der Patientinnen und Patienten mit Behörden, Anwälten, Familie, Bekannten, Selbsthilfeorganisationen, Medien, etc.? Welche Verträge gibt es mit Telefonanbietern zu welchen Konditionen für die Patientinnen und Patienten? Welche Pläne gibt es hinsichtlich einer beschränkten Nutzung des Internets?
43. Welche Vorgaben gibt es zu Besuchen der Patientinnen und Patienten, ob anwaltlicher oder persönlicher Art? Welche Möglichkeiten haben die Patientinnen und Patienten, sich auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Medien zu treffen?
44. Gibt es Konflikte zu weiteren Fragen des persönlichen Gestaltungsraumes?

Beschwerdemanagement

45. Welche Beschwerden sind in den letzten fünf Jahren an welchen Stellen über forensische Einrichtungen an die Landesregierung herangetragen worden?
46. Kann man daraus Wege herauslesen, die besonders häufig von den Patientinnen und Patienten gegangen werden, um Kritik oder Probleme darzustellen?
47. Wie viele Klagen von wie vielen Personen gab es in den letzten fünf Jahren gegen die Unterbringung in der Forensik? Wie wurden diese entschieden?
48. Wie viele Klagen von wie vielen Personen gab es in den letzten fünf Jahren gegen Art und Weise der Unterbringung in der Forensik, die Behandlung oder andere Umstände, die mit der Forensik zu tun haben? Wie wurden diese entschieden?
49. Wie viele Dienst- oder Fachaufsichtsbeschwerden gab es in den letzten fünf Jahren je Klinik?
50. Inwiefern ist die freie Arztwahl in der Forensik möglich? Können Patientinnen und Patienten darauf bestehen, von anderen Ärztinnen und Ärzten als den in der Klinik vorhandenen behandelt zu werden?

Wiesbaden, 6. Juni 2019

Christiane Böhm

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler